

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Doetkotte,  
geschätzte Vertreter der Stadtverwaltung,

vor 5 Monaten titelten die Westfälischen Nachrichten zu der Gronauer Haushaltssituation folgende Einschätzung:

Die Finanzperspektive der Stadt Gronau ist düster.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lokalpresse hat hierbei sicherlich die Sachlage zutreffend eingeschätzt. Wir müssen in Sorge sein um die finanzielle Lage unserer Stadt.

Ein leichtes wäre es jetzt sich hier hinzustellen, ein Schreckensszenario für die Zukunft zu zeichnen, massive Einschnitte ohne Rücksichtnahme zu fordern und pauschalisierte Lösungen als einfaches und einziges Allheilmittel für die städtische Zukunft darzustellen.

Doch ein solcher Lösungsweg wird der Komplexität unserer kommunalen Strukturen nicht gerecht.

Aufgabe der Verwaltungsleitung aber auch der Kommunalpolitik wird es für die nächsten Jahre sein, nicht auf Hilfe von Bund und Land zu hoffen, nicht auf Wunder bei der Einnahmeseite zu warten und darauf zu vertrauen, dass andere politische Mehrheiten die unangenehmen Entscheidungen treffen, sondern eigeninitiativ und strukturiert die Einsparpotenziale zu analysieren und frei von ideologischen Grundannahmen Entscheidungen für einen zukunftsfähigen Finanzhaushalt zu treffen.

Entscheidungen, welche dafür sorgen, dass wir als Stadt Gronau mit einer starken Infrastruktur für unsere Bürgerinnen und Bürger wettbewerbsfähig im interkommunalen Vergleich bleiben und unseren Haushalt für seine Kernaufgaben stärken aber diesen gleichzeitig in der Gesamtstruktur verschlanken und durch Überführung von ausgliederungsfähigen Aufgaben in den privaten Sektor somit massiv entlasten.

Einen bedeutenden Anstoß zur Zukunftsfähigkeit unserer kommunalen Strukturen haben wir als FDP-Fraktion vor einer Woche gesetzt und gemeinsam mit UWG und WEG eine externe Organisations- und Stellenentwicklungsuntersuchung erfolgreich beantragt. Die Personalkosten unserer Stadtverwaltung steigen seit Jahren konstant an. Die Verwaltung steht vor erhöhten Pensionierungs- und Rentenabgängen mit gleichzeitigem Personalfindungsdruck für anspruchsvolle und für die Funktionsfähigkeit entscheidende Stellen. Zudem nehmen Digitalisierungsentwicklungen und das Verständnis der Kommunalverwaltung als Service-Behörde eine von Jahr zu Jahr wichtigere Rolle ein. Umso wichtiger ist es jetzt frühzeitig die Weichen zu setzen und sachlich objektiv die aktuellen Strukturen

offen zu hinterfragen und die steigenden Personalkosten möglichst wieder zu senken.

Eines ist aber klar. Diese Maßnahme kann nur ein Baustein von vielen sein und bedarf der Ergänzung weiterer umfassender Konsolidierungsschritte.

Ein diesbezügliches Kernthema der FDP in den kommenden Jahren werden die städtischen Gesellschaften unserer Stadt sein. Unsere Haushaltslage rechtfertigt nicht das Festhalten an kommunalen Gesellschaften, welche offensichtlich unter seit Jahren massivsten haushaltsbelastenden Dauerverlusten es nicht schaffen Ihren Urzweck zu erfüllen und kostendeckend zu arbeiten. Es ist in keinster Weise vertretbar, dass der Steuerzahler in Gronau und Epe die sechsstelligen jährliche Verluste der Sorgenkinder Chance und WGG weiterhin finanzieren soll. Diese politischen Experimentierfelder sind kläglich gescheitert und dem privaten Sektor zu überlassen..

Unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und dem Konkurrenzdruck um Anwerbung von attraktiven Unternehmen und somit auch attraktiven Arbeitgebern in Gronau und Epe müssen wir unseren Blick jedoch auch stärker Richtung Wirtschaftsförderungsgesellschaft richten. Ich will die Arbeit dieser Gesellschaft nicht kritisieren, jedoch den aktuell noch gesetzten Schwerpunkt hinterfragen. Die Gesellschaft wird in den kommenden Jahren zum Wohle unserer Stadt und zur Sicherung auskömmlicher Gewerbesteuererinnahmen Ihren Fokus massiv von Veranstaltungsplanungen noch viel stärker auf die Themen Gewerbeansiedlung, Gewerbeentwicklung und Gewerbestandortsicherung verlagern müssen. Anhand von messbaren Jahreszielwerten muss der Erfolg bzw. Wirkungsgrad dieser Gesellschaft in den kommenden Jahren betrachtet und analysiert werden. Und dies selbstverständlich objektiviert nicht im Aufsichtsrat der Gesellschaft, sondern im Zuständigkeitsbereich eines Ausschusses oder einer politischen Begleitgruppe.

Aber machen wir uns bitte ehrlich. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft kann und wird eine starke Sicherung Gronaus und Epes als Unternehmensstandort nicht leisten können. Vielmehr werden wir im hohen Maße darauf achten müssen, dass der Gewerbesteuersatz sich in unserer Stadt langfristig nicht erhöht und somit stabilisiert bleibt. Wenn ich hier jedoch in den Ratsrund schaue, dann habe ich die große Sorge, dass ein großer Teil der Ratsmitglieder dies anders sehen könnte und dies nach der Kommunalwahl aus Angst vor Ausgabekürzungen auch anders sehen wird. Von CDU bis Grüne wird mit Steuererhöhungen besonders im Gewerbesteuerbereich nach der Kommunalwahl bereits geliebäugelt. Doch der Wunschkatalog des CDU-Bürgermeisters kann nicht Leitmaxime der finanziellen Belastungsintensität für die Unternehmen und Bürgerinnen in Gronau und Epe sein. Die zukünftigen Haushaltsplanungen und Konsolidierungsmaßnahmen brauchen deutlich mehr innere Logik und Ausgewogenheit. Wer die Hallennutzungsgebühr für die Sportvereine erhöht, der startet definitiv an der falschen Stelle. Wir als FDP haben als einzige Fraktion gegen die Erhöhung gestimmt.

Hierbei ist die in unseren vorherigen Haushaltsreden angeführte Leitlinie aber weiterhin maßgebend: Die Minderung der Haushaltsbelastungen muss im Hinblick auf die kommenden Jahre im höchsten Maße im Fokus bleiben. Die Einsparbemühungen müssen jedoch geleitet sein von Sinn und Verstand und hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf das Leben für unsere Bürgerinnen und Bürger in Gronau und Epe genaustens abgewogen werden. Besonders die Bereiche Schule, Familie, Gewerbe und Sport müssen sich weiterhin positiv entwickeln können. Sparorgien ohne Sinn und Verstand werden keine Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen. Vielmehr müssen Einsparmaßnahmen fachlich begründet und unideologisiert erfolgen. Die Wohn- und Aufenthaltsqualität in Gronau und Epe darf hierunter nicht leiden. Ausgehend davon wird es in den nächsten Jahren noch stärker darum gehen die vereinnahmten Mittel schwerpunktbezogen zum Wohle unserer Stadt einzusetzen, gescheiterte Projekte jedoch zügig abzuwickeln oder diese massiv umzustrukturieren und auch in politikscheuen Bereichen wie dem Sozialbereich deutliche Einsparmaßnahmen vorzunehmen.

Aber der Blick auf die Ausgabenseite wäre zu verkürzt und unsachgemäß.

Zur Konsolidierung eines Haushalts müssen wir selbstverständlich neben der Ausgabenseite auch die Einnahmenseite in den Fokus nehmen. Ein großes Potenzial bietet hierbei die Vermarktung von städtischen Grundstücksflächen an private und gewerbliche Investoren. Nach unserer Ansicht hat in der nahen Vergangenheit dies eine zu geringe Rolle gespielt. Es ist von großer Bedeutung, dass wir als Politik in Zusammenspiel mit der Verwaltung mehr kommunale Fläche aus dem Dornröschenschlaf holen und diese unterschiedlichsten attraktiven Nutzungsbereichen zuführen. Hierdurch verbessern wir durch die Veräußerung und Vermietung unsere Einnahmeseite, lösen uns von haushaltsbelastenden Instandhaltungskosten und schaffen durch vielfältige umgesetzte Investitionsprojekte eine Aufwertung von Gronau und Epe. Wir als FDP haben hier mit unserem Antrag zum Delta-Parkplatz und der anvisierten Konzeptvergabe für einen Lebensmittelhändler plus Wohnen in dieser Ratsperiode einen deutlichen Anstoß gegeben. Ebenso aber durch unseren politischen Einsatz auch schlussendlich als Zünglein an der Waage die Realisierung der neuen Gastronomie am Dreiländersee möglich gemacht und für eine deutliche Aufwertung unserer Stadt gesorgt.

Man kann mit Deutlichkeit festhalten:

Ohne FDP gebe es kein R-Cafe.

Es wird in Zukunft aber natürlich auch Projekte geben, welche wir als Stadtunmittelbar oder mittelbar über Projektgesellschaften selbst bauen werden müssen. Die hierbei stets als Damoklesschwert über allen kommunalen Projekten schwebenden Baukosten müssen wir zum Wohle unseres Haushalts intensiv im Auge behalten und hierbei insbesondere unter dem Aspekt der Baukostensteigerungen versuchen das Umsetzungstempo zu erhöhen. Unser Antrag zur Beschleunigung der Realisierung des Neubaus der Buterlandschule kann in diesem Bereich nur ein Anstoß von vielen sein.

Meine lieben Ratskolleginnen und Ratskollegen, lassen Sie uns in den kommenden Monaten zur Kommunalwahl gerne um die besten Ideen werben und ringen. Aber lassen Sie uns auch nicht vergessen, dass wir alle eine große Verantwortung tragen gemeinsam mit der Verwaltung unsere Stadt in eine Starke Zukunft zu führen und auch der nächsten Generation ein ausgezeichnetes Wohnumfeld zu bereiten.

Lassen sie uns lieber die Wortbeiträge in Zukunft kürzer halten und dafür in dieser gewonnen Zeit mehr gute Dinge für die Menschen in Gronau und Epe beschließen.

In diesem Sinne:

Zur Verhinderung einer Entwicklungsblockade und unter dem deutlichen Vorbehalt des erforderlichen Reformbedarfs in den kommenden Jahren stimmen wir diesem Haushalt zwar mit deutlicher Kritik zu, werten ihn aber als nicht maßgebend in seiner Grundstruktur für die Zukunft.

Vielen Dank

Sergej Kernebeck

Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Gronau